



Beschluss

TOP I.12

Initiative der Europäischen Kommission zur Vergemeinschaftung von Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen

Berichterstattung: Bayern

1. Die Justizministerinnen und Justizminister sehen die Überlegungen auf europäischer Ebene zur Überführung von Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen von der dritten in die erste Säule der Europäischen Union kritisch. Zwar begrüßen sie alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung des Kampfes gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und den internationalen Terrorismus führen. Die Überlegungen gehen jedoch deutlich über das für eine solche Verbesserung nötige Maß und auch über das im Verfassungsvertrag Vorgesehene hinaus. Außerdem würde das Vorhaben zu einem Vorziehen eines Teilbereiches der Verfassungsreform führen und den Verfassungsvertrag damit insgesamt gefährden.
2. Sie bitten die Bundesministerin der Justiz, darauf hinzuwirken, dass Deutschland diese Haltung auf europäischer Ebene vertritt.